

Platz abbeck

Nr. 4, Juni 2004

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

An die Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße

An die Interessengemeinschaft Keupstraße

Wir sind entsetzt über den Bombenanschlag in der Keupstraße. Wir wünschen allen Verletzten eine baldige Genesung. Es gibt Schwerverletzte, aber keine Toten. Wir hoffen, dass niemand längere gesundheitliche Schäden davon trägt. Wir fordern die Stadt Köln und das Land NRW auf, Hilfsmaßnahmen schnell und unbürokratisch zu organisieren.

Der Bombenanschlag mittels einer Nagel-Streubombe ist zutiefst menschenverachtend und wurde von den Anwohnerinnen und Anwohnern als „Krieg“ empfunden. Dass keine Menschen dabei zu Tode gekommen sind, grenzt an ein Wunder.

Das Leben in der Keupstraße ist lebendig, vielfältig und liebenswert, über Jahrzehnte ein Stück gewachsenes Köln. Wer auch immer die Täter waren, dieser Anschlag wird auch die vielen türkischen und kurdischen Kölnerinnen und Kölner verunsichern, Nationalismus, Rassismus, Hass und Zwi-tracht schüren. Deshalb erklären wir ganz deutlich: Unsere Solidarität gehört allen Menschen in der Keupstraße, gleich welcher Nationalität und Glaubensrichtung.

Der Fall muss aufgeklärt werden, damit die Menschen in Köln friedlich zusammenleben können.

Mitgliederversammlung der PDS Offenen Liste, Köln, den 10. Juni 2004

Flughafen Köln/Bonn plant drastische Lohnsenkungen

Auf der Sitzung des Finanzausschusses am 21. Juni wurde ein Antrag der Verwaltung zur Gründung einer Tochtergesellschaft des Flughafens Köln/Bonn GmbH (FKB) ohne Votum in den Rat überwiesen. Danach könnte die Vorlage am 24. Juni im Rat beschlossen werden. Am 23. Juni findet eine Betriebsversammlung der FKB statt. Die Grünen hatten vor der Sitzung des Finanzausschusses noch behauptet, die Vorlage würde vertagt.

Der PDS Landesvorstand NRW, Paul Schäfer (Landessprecher) und das Ratsmitglied der PDS Offene Liste Köln, Jörg Detjen erklären gemeinsam:

Die PDS Offene Liste Köln und der PDS Landesvorstand lehnen die Gründung einer 100%igen Tochtergesellschaft des Flughafens Köln/Bonn GmbH (FKB) generell ab. Eine derartige Betriebsaufspaltung führt zu massiven Lohn- und Gehaltseinbußen und untergräbt das gesamte Tarifgefüge in Nordrhein-Westfalen.

Die Stadt Köln hat am Stammkapital der FKB einen Anteil von 31,12%, Bonn 6,06%, der Rhein-Sieg-Kreis 0,59%, der Rheinisch-Bergische Kreis 0,35%. Das Land NRW hält einen Anteil von 30,94%. Darüber hinaus hat der Bund einen Anteil von 30,94%. Eine Zustimmung der Stadt Köln ist nötig, weil derartige Beteiligungsverhältnisse eine 3/4-Mehrheit erforderlich machen.

Der vorliegende Entwurf eines Gesellschaftervertrages für ein neues Unternehmen sieht als entscheidenden Gegenstand des Unternehmens „die Überlassung von Arbeitnehmern an vorgenannte Gesellschaft“ – gemeint ist die Flughafen Köln/Bonn GmbH – vor.

180 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen noch in diesem Jahr von der neuen Tochtergesellschaft übernommen werden. Die Geschäftsführung der FKB will das Auslaufen der befristeten Arbeitsverhältnisse als Erpressungsmittel nutzen. Lapidar wird mitgeteilt, eine „Weiterbeschäftigung unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sei nicht möglich“. Die Geschäftsführung denkt an „Einsparpotenziale von mittelfristig sechs bis acht Prozent bzw. 1,8 bis 2,6 Mio. Euro.“ Da das neue Unternehmen auch eine hochdotierte Ge-

schäftsführung und eigene Infrastruktur braucht, muss man von Einkommensverlusten von mehr als 25% für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgehen. Beim Frankfurter Flughafen gibt es schon eine ähnliche Konstruktion. Dort liegen die Löhne bei dem ausgegliederten Unternehmen unter den schlechtbezahlten Wach- und Sicherheitsunternehmen. Darüber hinaus strebt die Geschäftsführung der FKB eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeiten an.

Bereits jetzt gibt es rund um den Köln-Bonner Flughafen zahlreiche Unternehmen mit großem Lohngefälle. Durch eine Betriebsaufspaltung wird diese Entwicklung völlig enthemmt. Wenn eine derartige Betriebsaufspaltung eines öffentlichen Unternehmens Schule macht und gleiche Arbeiten ungleich bezahlt werden, wäre das ein zentraler Angriff auf das gesamte Tarifgefüge des Öffentlichen Dienstes und eine Aufspaltung öffentlicher und kommunaler Unternehmen.



Die PDS Offene Liste unterstützte die Sportdemo gegen die Kürzungen beim Breitensport

www.pds-koeln.de

Leyla Zana ist frei –

Nach zehn Jahren Haft wurde sie mit drei weiteren kurdischen Parlamentariern aus dem Gefängnis entlassen. Leyla, die 1991 als erste kurdische



Frau als Vertreterin der prokurdischen „Demokratischen Partei“ (DEP) ins türkische Parlament gewählt wurde, wurde 1994 verhaftet und aus politischen Gründen zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre jetzige Freilassung lässt hoffen, dass die Türkei auf dem Weg zu einem demokratischen Staat ist.

Seit mehr als vierzig Jahren bemüht sich die Türkei um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. 1999 hatte ihr der Europäische Rat eine Fünf-Jahresfrist zur Erfüllung der „Kopenhagener Kriterien“ auf ökonomischem und politischem Gebiet gesetzt. Diese Frist endet Ende diesen Jahres.

Die politischen Kriterien bedeuten für ein Land, das in den letzten drei Jahrzehnten zwei Militärdiktaturen erlebt und erlitten hat, fast eine Revolution. Sie setzen Strukturveränderungen voraus, die vor allem in zwei Bereichen einschneidend sein werden: beim Militär und für die Rechte der Minderheiten.

Bisher ist das Militär ein eigener Machtapparat, der weder dem Verteidigungsministerium unterstellt ist noch irgendeiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Im Nationalen Sicherheitsrat spielt es die herrschende Rolle und bestimmt somit die Politik des Landes weitgehend allein. Mit den in Gang gebrachten Reformen soll sich das ändern.

Ein zweiter wichtiger Reformplan betrifft die Rechte der Minderheiten und in der Türkei lebenden Nationen, wie der Kurden. Hier geht ein erster Schritt auf dem Wege einer Anerkennung über die Medien: pro Woche wird ihnen auf den staatlichen Fernsehkanälen eine halbe Stunde Sendezeit in ihren Muttersprachen zugebilligt. Das bedeutet natürlich noch lange nicht die amtliche Anerkennung der Rechte der verschiedenen Ethnien. Kritiker der Regierung wie der Vorsitzende der Arbeitspartei EMEP, Tüzel, weisen darauf hin, dass nach wie vor Tausende von politischen Gefangenen, vor allem wegen der Kurdenfrage, in den Gefängnissen sitzen.

Von den politischen Kräften im Lande, aber auch in der europäischen Öffentlichkeit, wird es abhängen, dass die von der EU geforderten Reformen nicht nur formaljuristisch in Gesetzestexten festgehalten, sondern in der Praxis durchgesetzt werden. Leyla Zana und ihre Mitstreiter werden auf diesem Weg mit Sicherheit kritische und international beachtete Begleiter sein.

Helga Humbach

„Ausbildungspakt“ genügt nicht

Der statt der ursprünglich geplanten Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die keine Lehrstellen bereitstellen, jetzt zwischen Regierung und Industrie geschlossene „Ausbildungspakt“ genügt nach Ansicht der Gewerkschaften nicht. Der Kölner DGB fordert statt der von der Kölner Wirtschaft angekündigten Zahl von 500 zusätzlichen Ausbildungsplätzen eine Verdoppelung. Der Hintergrund: Am 31. Mai waren 5072 Jugendliche im IHK-Bezirk Köln (Köln, Bergisch Gladbach und Brühl) ohne Ausbildungsplatz. Dieser Zahl standen 2340 Ausbildungsplätze gegenüber.

Die PDS-Offene Liste fordert vor allen Dingen eine Verbesserung des Angebots an Ausbildungskräften bei der Stadt Köln im gewerblich-technischen Bereich. Hier ist die Zahl der Ausbildungsplätze von 135 im Jahr 2002 auf ganze zehn (10!) zurückgegangen. In der Ratssitzung verweist Jörg Detjen auf den Appell von Regierung und Wirtschaftsverbänden im „Ausbil-

dungspakt“, der besagt: „Wir setzen darauf, dass die Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen diese Initiativen und Maßnahmen uneingeschränkt fortsetzen, weiter ausbauen und sich so in diesen Punkt einbringen.“

Aus dem Ratsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Ausbildungsplätze im gewerblich-technischen Bereich langfristig wieder auf den alten Stand von 2002 gebracht und weiterentwickelt werden können und dabei aufzuzeigen, wie der Anteil der Schulabgänger mit Migrationshintergrund unter den Auszubildenden verbessert werden kann.

Außerdem wird die Verwaltung gebeten darzustellen, wo aktuell gewerblich-technische Ausbildung innerhalb ihrer Ämter stattfindet.

Reinigungsfrauen müssen höhergruppiert werden!

Die Stadt Köln hatte Ende 2003 noch 489 Reinigungsfrauen beschäftigt. Seit Jahren wird das Personal reduziert und die Reinigung von städtischen Dienststellen fremdvergeben. In jährlich wiederkehrenden Berichten rechnet die Verwaltung immer wieder vor, dass die Reinigungsleistungen und Reinigungskosten bei Fremdfirmen billiger seien. Über die Qualität der Reinigung spricht niemand und über die Bezahlung auch nicht. Die Reinigungskräfte der Stadt Köln sind in der niedrigsten Lohngruppe eingruppiert.

Die Ersparnisse über Fremdfirmen lassen darauf schließen, dass deren Reinigungskräfte noch schlechter bezahlt werden. Dass ein solches Verfahren nicht motiviert, kann man sich gut vorstellen. Das wird vermutlich auch ein Grund dafür sein, dass der Krankenstand der Beschäftigten 11% beträgt.

Und das bei einer nach Verwaltungsangaben „erfolgreichen“ „Befassung mit den Ausfallzeiten der Reinigungskräfte“.

Einen Trost gibt es immerhin. Wenn schon die Gehälter der Reinigungsfrauen nicht steigen, so wurde schnell zur „Qualitätsverbesserung“ ein Workshop mit mehreren Vertragspartner durchgeführt, der unter dem Motto stand: „Qualitätsoffensive in Partnerschaft und gemeinsamer Verantwortung“. Bestimmt wird bald ein umfassendes Gutachten in Auftrag gegeben werden. Realität ist aber auch, dass die Reinigungsintervalle insgesamt gestreckt werden. Ganz im Gegensatz zur Straßenreinigung, die Anwohnerinnen und Anwohner selber bezahlen müssen. Wo

bleibt da das „Saubere Köln“, das sich schwarz-grün immer wünscht.

Die PDS Offene Liste fragte im Ausschuss nach, ob nicht durch eine Höhergruppierung der Beschäftigten die Motivation verbessert werden kann. Es kann doch nicht angehen, dass diese Frauen besonders schlecht bezahlt werden.

hum, jöd

Widersprüche berechtigt

Anfang Mai erkundigte sich die PDS-Offene Liste im Sozialausschuss nach der ihren Informationen nach gestiegenen Anzahl von Widersprüchen gegen Unterstützungsbefehle für Sozialhilfeempfänger. In der Antwort räumte die Verwaltung ein, dass die Widersprüche von 2002 zu 2003 um ca. 84 % zugenommen haben. Die Anzahl der Widersprüche in 2004 entsprechen in den ersten vier Monaten in etwa der Zahl von 2003.

Dabei ging es im Wesentlichen um die Anrechnung von Einkommen und Vermögen, z.B. in einer eheähnlichen Gemeinschaft), um die Ablehnung einmaliger Beihilfen, die Verweigerung von Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung und die Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Leistungen.

Ein Großteil der Widersprüche bezog sich aber auch auf Ablehnungsbefehle wegen Zweifeln der Behörde an der Bedürftigkeit und auf die zunächst noch bestehenden Unklarheiten über die neuen Bestimmungen im BSHG zum Pflegegeld.

Immerhin haben rund 9 Prozent der Widersprüche 2003 zu Änderungen geführt, in den ersten drei Monaten in 2004 waren es 10 Prozent.

hum

Das Auge des Gesetzes schaut hin:

Videoüberwachung verhütet keine Straftat

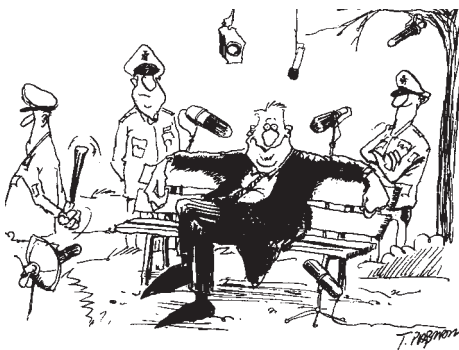
Seit Sommer letzten Jahres kann die Polizei – so durch § 15a Polizeigesetz NRW gesetzlich durch den Landtag ermächtigt – „zur Verhütung von Straftaten einzelne öffentlich zugängliche Orte, an denen wiederholt Straftaten begangen wurden und deren Beschaffenheit die Begehung von Straftaten begünstigt, mittels Bildübertragung beobachten und die übertragenen Bilder aufzeichnen, solange Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass an diesem Ort weitere Straftaten begangen werden.“ Das Auge des Gesetzes darf im engen Fokus dieser Vorschrift Straßen, Plätze und Parks durch Video überwachen.

Obwohl über die Einrichtung der Datenerhebung durch den offenen Einsatz optisch-technischer Mittel (Videokameras) allein der Polizeipräsident entscheidet und nicht etwa rechtskonservative Kreise am Rotkäppchenweg rund um den Roncalliplatz, versuchte die CDU-Ratsfraktion, den Behördenleiter auf ihre Seite zu ziehen. Flugs organisierte sie am 14.6.2004 ein öffentliches Hearing im Ratsaal, um für sich Stimmrecht zu machen. Das scheiterte letztlich an der unmissverständlichen und sachbezogenen Haltung des Polizeisprechers.

Die Grünen beriefen sich auf das Positionspapier „Sicherheit und Ordnung in der Stadt“ des Deutschen Städtetages, wonach den Kommunen ein eigenes Recht – mithin je nach politischer Großwetterlage im Ratsaal – zum Einsatz von Videoüberwachung gesetzlich zugestanden werden soll. Ein merkwürdiger Ablehnungsgrund: nur eine Frage der Zuständigkeit?

Derjenige, der die Videoüberwachung einführen will, muss sich vorhalten lassen, dem Bürger das Persönlichkeitsrecht auf informelle Selbstbestimmung nehmen zu wollen. Die PDS lehnt das entschieden ab.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum darf nur zur Verhütung von Straftaten eingesetzt werden, nicht jedoch flächende-



INNERE SICHERHEIT - GUTES GEFÜHL

ckend oder zur Überwachung von Randgruppen.

Der Polizeisprecher: „Auf der Domplatte hatten wir voriges Jahr 471 polizeilich registrierte Straftaten, davon 316 Taschendiebstähle. Wir sind relativ sicher, dass man die mit Videoüberwachung nicht wirksam bekämpfen kann, denn gerade dort, wo es solch eine Überwachung gibt – etwa in der Zwischenebene am Neumarkt – haben wir sehr hohe Zahlen an Diebstählen. Die besondere Täterklientel lässt sich von Kameras nicht beeindrucken.“

Domplatte, Ebertplatz, Neumarkt und Bahnhofsvorplatz sind Orte, an denen sich ältere Menschen verängstigt fühlen. Aber nicht wegen der Taschendiebe, sondern wegen der Bettler.

Eine Gefahr geht von ihnen nicht aus. So ist es nur ein diffuses Angstgefühl, das durch Stadtwirtschaftsförderung und City-Marketing bestärkt und instrumentalisiert wird. So fordern diese Kreise tolldreist eine Videoüberwachung der Hohe Straße und Schildergasse.

Videoüberwachung verhindert keine Straftat, wie das jüngste Attentat in der Keupstraße gezeigt hat. Täter und Tatort waren vorher weder personal noch lokal bestimmbar.

Wolfgang Breuer

Wahlprogramm der PDS Offenen Liste einstimmig verabschiedet und Kandidaten aufgestellt

Nach über einem Jahr Diskussion hat die PDS Offene Liste ihr Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Köln verabschiedet: „Sozial und solidarisch in Köln! Alternativen sind machbar!“ So lautet das Motto des Programms. (Das Programm ist im Ratsbüro erhältlich).

Nachdem das Wahlprogramm verabschiedet worden ist, wurden am 10. Juni die Kandidatinnen und Kandidaten der PDS Offenen Liste gewählt. Menschen mit sechs verschiedenen Migrationshintergründen treten zur Kommunalwahl an. Mit einer bunten Liste aus Parteiloosen, Vertreterinnen und Vertretern von DIDF und PDS-Mitgliedern wird die PDS Offene Liste in den Kommunalwahlkampf ziehen. Jörg Detjen (PDS), Alef Özlem Demirel (DIDF), Michael Kellner (PDS), die parteilose Schriftstellerin Eva Weissweiler (Autorin vieler Biographien, Spezialistin für Clara Schumann und Autorin des Buches „Tussy Marx“, eine Biographie über Eleanora, die Tochter von Karl Marx) und Hamide Akbayir (PDS) führen in dieser Reihenfolge die Ratsliste an. Mit diesen guten Kandidatinnen und Kandidaten und einem guten Programm ist das Ziel, 4% zu erreichen, realistisch. Mit Fraktionsstärke im Rat und mit Vertretern in allen Bezirksparlamenten wird es der PDS Offene Liste in Köln gelingen, etwas zu bewegen! MW

26. September
PDS Offene Liste
wählen

Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neucenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ _____

Ort _____

An die PDS-Offene Liste
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln